

Einwohnerrat

Sitzungsprotokoll vom 27. September 2018

Vorsitz:	Brigitte Vogel, Einwohnerratspräsidentin
Anwesende Mitglieder:	38 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats
Auskunftspersonen:	Christoph Hofstetter, Stadtschreiber Marc Lindenmann, Leiter Abteilung Finanzen
Protokollführung:	Christoph Hofstetter, Stadtschreiber
Entschuldigt:	Stefan Wiedemeier, Vizestadtschreiber
Zeit:	19.30 Uhr bis 22.00 Uhr
Ort:	Aula des Schulhauses Lenzhard

Traktanden

- 1 Mitteilungen
- 2 Einbürgerungen
- 3 Soziale Dienste; Konzept 2019; Ressourcen im Budget 2019
- 4 Budget 2019
- 5 Aufgaben- und Finanzplanung 2019 bis 2023; Kenntnisnahme
- 6 Bleiche; Gebäudesanierung im Bereich Wasserrad; Verpflichtungskredit
- 7 Sanierung Niederlenzer Kirchweg (Abschnitt Süd); Kreditabrechnung
- 8 Anfrage der SP betreffend Plastik-Sammelstelle vom 28. Juni 2018; Beantwortung des Stadtrats
- 9 Umfrage

V e r h a n d l u n g e n :

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Sehr geehrte Damen und Herren des Einwohnerrats und des Stadtrats, hiermit begrüße ich Sie herzlich zur 4. Sitzung des Einwohnerrats der laufenden Legislatur.

Nach der langen Sommerpause mit einem fast nie endenden Sommer ist es Zeit, die Weichen für das kommende Jahr mit unserer Budgetsitzung zu stellen. Es ist schon fasst Usus, dass es jeweils vom Ratspräsidium einen Rückblick auf das sommerliche Wetter gibt, und praktisch jedes Jahr, wie man aus den alten Protokollen entnehmen kann, war es jeweils ein heisser Sommer. Wobei heiss nicht genauer definiert wird. Diesen Sommer können wir aber mit Bestimmtheit sagen, es war ein heisser. Sehr zur Freude von Badibetreiber, vom Wasserwerk und den ganzen Gartenwirtschaften. Schwieriger war es für die Tier- und

Pflanzenwelt, aber auch für die Menschen, welche keine Klimaanlage zur Verfügung hatten und der Sonne ausgeliefert waren. So schätzt man die ersten Nebelschwaden schon ein wenig, ja wir haben den Nebel schon ein wenig vermisst. Es geht anscheinend weiter so mit dem Altweibersommer. Normalerweise um diese Zeit plagt uns schon ein wenig der Herbstblues. Übrigens hat der Begriff "Altweibersommer" keinen Bezug zu älteren Frauen. Er entspringt dem Altdeutschen "weiben", was heute weben heisst. Dies geht auf die zahlreichen Spinnennetze zurück, welche in der herbstlichen Beleuchtung sehr gut zu sehen sind. Das Landgericht Darmstadt hat im Jahr 1989 festgestellt, dass die Verwendung des Ausdrucks "Altweibersommer" durch die Medien kein Eingriff in die Persönlichkeitsrechte von älteren Damen darstellt.

Seit der letzten Sitzung ist aber auch sonst viel passiert. Jeder und jede von uns könnte eine Geschichte dazu beitragen. Viele Schlagzeilen und Titelgeschichten gab es in den Medien. Die Gaukler waren in der Stadt, unser ältester Mitbürger kam zurück ins Burghaldenhaus, und dann wurde auch noch ein neuer höchster Lenzburger und eine neue höchste Lenzburgerin als Schlosswart gewählt. Natürlich dann auch noch die wahnsinnige Baustelle bei der Neuhofkreuzung, welche ich immer hautnah mitverfolge. Im Vorfeld wurden mit der Sperrung der Strasse so viele Probleme heraufbeschwört, dass man im Nachhinein schon ein wenig enttäuscht war, als diese nicht eingetroffenen sind. Auch ich habe den Lernenden eindringlich mitgegeben, dass sie in Zukunft für den Weg zur Berufsschule viel mehr Zeit einberechnen müssen. Mit dem Ergebnis, dass alle viel zu früh im Schulzimmer eingetroffen sind und mehr wegen meinen Befürchtungen als über die Verkehrsprobleme ausgerufen haben. Fertig gesprochen, gehen wir weiter zu unseren Geschäften. Es warten viele Zahlen auf uns.

Ich begrüsse alle vom Einwohner- und Stadtrat nochmals ganz herzlich zur 4. Sitzung der laufenden Legislatur. Ein herzliches Willkommen unserem Ratsweibel Marcel Wattinger, welcher für das Einrichten des Ratssaals und die Betreuung während des Abends zuständig ist. Als Auskunftspersonen begrüsse ich Peter Baumli, Verwaltungsleiter, und Marc Lindenmann, Leiter Abteilung Finanzen, und in doppelter Mission Christoph Hofstetter, Stadtschreiber. Wie Sie sehen ist Stefan Wiedemeier heute nicht an seinem Platz. Er ist in seinem wohlverdienten Urlaub. Christoph Hofstetter wird ihn jedoch vertreten. Vielen Dank. Grüezi auch unseren Medienvertretern, Ruth Steiner von der Aargauer Zeitung sowie Fritz Thut vom Lenzburger Bezirks-Anzeiger. Allen zusammen bereits im Voraus vielen Dank für die ausführliche Berichterstattung über unsere Arbeit im Rat. Nicht vergessen dürfen wir natürlich die interessierten Gäste auf der Tribüne. Es freut uns, dass diese zahlreich sind. Wir schätzen Ihre Anwesenheit sehr und dem damit verbundenen Interesse an unserer Arbeit. An der Anzahl Zuhörer könnte man jedoch ableiten, dass die Verantwortlichen der Stadt Lenzburg, unter anderem auch wir alle, die Arbeit gut machen, und es praktisch nichts zu monieren gibt. Unser Grossvater hat beim Mittagessen praktisch auch nie gesagt, dass es gut ist. Seine Rechtfertigung jeweils war, wenn etwas nicht gut wäre, würde er es schon mitteilen.

Die Traktandenliste und die entsprechenden Unterlagen sind Ihnen rechtzeitig zugestellt worden. Ich stelle fest, dass der Rat beschlussfähig ist. Die Sitzung ist somit eröffnet.

1 Mitteilungen

1. Protokoll

Das Protokoll der Sitzung vom 28. Mai 2018 ist noch in Bearbeitung.

2. Rechtskraft von Beschlüssen

Die Einwohnerratsbeschlüsse vom 28. Juni 2018 sind, soweit sie dem fakultativen Referendum unterlagen, am 6. August 2018 in Rechtskraft erwachsen.

3. Neueingänge

Eingereicht wurde ein Postulat der SP betreffend Mittelschule Lenzburg.



Sozialdemokratische Partei
Lenzburg-Ammerswil

Postulat der Einwohnerratsfraktion SP Lenzburg 27. September 2018

Standortförderung einer Mittelschule in Lenzburg

Ausgangslage

In den letzten zehn Jahren ist die Schülerzahl an den Aargauer Tagesmittelschulen (Kantonsschulen) bei nahezu gleichbleibender Mittelschulquote insgesamt um 20 Prozent gewachsen. Als direkte Folge mussten in Wettingen und Aarau Schulräume zu gemietet werden. In Baden und Wohlen wurden gar

zusätzliche Schulprovisorien gebaut. Einzig die Kantonsschule Zofingen ist nicht voll ausgelastet, da ihr Einzugsgebiet kleiner und weniger bevölkerungsstark ist. Mit Blick auf die nächsten 25 Jahre akzentuieren sich die Engpässe im Aargauer Mittelschulsystem, woraus sich ein Bedarf an zusätzlichen Tagesmittelschulen ergeben wird.

Die Prognosedaten von Statistik Aargau und dem Bundesamt für Statistik in Bezug auf die Bevölkerungsgruppe der 15- bis 19-jährigen lassen aufgrund stärkerer Jahrgänge ab Beginn der 2020er Jahre einen stetigen Anstieg der Abteilungszahlen erwarten. Deshalb ist es aus Sicht des Regierungsrats zwingend notwendig, die Gestaltung der Aargauer Mittelschullandschaft für die kommenden Generationen jetzt an die Hand zu nehmen. In einem Planungsbericht sollen die Entwicklungsabsichten für die Mittelschullandschaft im Kanton Aargau für die nächsten 25 Jahre aufgezeigt werden. Dieser Bericht soll bis Mitte 2019 vorliegen und dem Grossen Rat zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet werden.

Der Regierungsrat hat bereits Eckdaten aus seiner Planung veröffentlicht. Es ist angedacht, dass im Aargau zwei neue Mittelschulstandorte entstehen sollen. Ein neues Gymnasium soll im Fricktal entstehen. Die zweite neue Kantonsschule ist im Raum zwischen Aarau und Baden vorgesehen. Wo genau ist noch offen; Bildungsdirektor Alex Hürzeler spricht von einem Standort "im Gebiet Aarau, Brugg, Baden, Lenzburg."

Forderung des Postulats

1. Der Stadtrat soll sich beim Regierungsrat aktiv dafür einsetzen, dass die neue Tagesmittelschule (Kantonsschule) in Lenzburg aufgebaut wird.
2. Der Stadtrat soll mögliche Standorte prüfen und falls notwendig allfällige Land-Sicherungen vornehmen.
3. Lenzburg soll die Koordination übernehmen und eine Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden und allenfalls mit "Lebensraum Lenzburg Seetal" anstreben.

Begründung

Lenzburg liegt in der direkten Linie zwischen Aarau und Baden und entspricht exakt dem Wunschstandort des Regierungsrats für die Erstellung einer neuen Mittelschule. Die zentrale Verkehrslage in Lenzburg erlaubt die Aufnahme der Schülerinnen und Schüler der umliegenden Gemeinden. Insbesondere für die Schülerinnen und Schüler des ganzen Seetals ergäben sich deutliche Entlastungen bezüglich der Pendlerstrecke und dem jeweiligen Zeitaufwand. Zusätzlich können weitere Schülerinnen und Schüler aus einem Teil des Aaretals und

dem Freiamt aufgenommen werden, womit die Standorte Aarau und Wohlen entlastet werden.

Das Angebot einer Tagesmittelschule fördert den Standort Lenzburg und stärkt diesen als Bildungszentrum. Die Stadt gewinnt an Attraktivität, dies nicht nur für Familien. Zudem würde diesbezüglich auch die Pendlerbelastung des öffentlichen Verkehrs zwischen Lenzburg und Aarau reduziert.

Aus unserer Sicht wäre ein Mittelschulstandort in Lenzburg optimal und zukunftsweisend. Insbesondere auch, wenn man berücksichtigt, dass die Schullandschaft vor weiteren Reformvorhaben steht. Es soll z. B. die Schuldauer bis zur gymnasialen Matur verkürzt werden. Sollte dieses Vorhaben umgesetzt werden, ist die Bezirksschule mit ihrem dualen Bildungsauftrag mittelfristig gefährdet. Mögliche Alternative wäre die Einführung eines Langzeitgymnasiums, wozu jedoch der Standort einer Kantonsschule notwendig ist.

Die heutige Mittelschullandschaft



Quelle: Aargauer Zeitung vom 13. Aug. 2018

Einwohnerratsfraktion der SP Lenzburg (Beatrice Taubert, Remo Keller) und 34 mitunterzeichnende Ratsmitglieder

4. Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung sind keine Entschuldigungen eingegangen.

Etwas später trifft Phoebe Cueni ein. Sie ist auf dem Weg vom Wallis zu uns. Dies nenne ich tatsächlich grossen Einsatz; Chapeau!

Dr. Martin Killias wird ebenfalls etwas später zu uns stossen.

5. Rücktritt

In einem Mail vom 4. September 2018 hat Linda Kleiner mitgeteilt, dass sie per Ende Jahr aus unserem Gremium zurücktritt. Dies bedauern wir alle sehr. Ich danke dir jetzt schon Linda, dass du uns frühzeitig über deinen Rücktritt informierst. Ich werde dich an der nächsten Sitzung ordentlich verabschieden.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Unter dem Traktandum "Mitteilungen" hat Daniel Mosimann noch das Wort gewünscht.

6. Kündigung Leiterin Stadtbauamt

Stadtmann Daniel Mosimann: Der Stadtrat hat gestern ein umfassendes Communiqué versandt: Helen Bisang, Leiterin Stadtbauamt, hat sich nach Erreichung des Ziels Mitwirkung Gesamtrevision Nutzungsplanung und dem Einreichen dieses Werks beim Kanton für die Vorprüfung entschieden, die Stadt zu verlassen. Im Vorfeld wurde die Räumliche Entwicklungsstrategie (RES) entwickelt, man hat Workshops für die Bevölkerung angeboten, das Freiraum- und Landschaftsentwicklungskonzept (FLEK) sowie den Masterplan Aabach und eine Hochhausstudie erarbeitet: Nun lagen sehr gute Grundlagen für die Erarbeitung der Bau- und Nutzungsordnung vor. Ebenfalls die Inventarlösung, welche wir versuchen für den Schutz von Bauten, Anlagen und Gärten anzustreben, wurde wesentlich von ihrem Schaffen mitgeprägt. Bei den Planungen können sicher noch die Gebiete Müli Märt, Villeroy&Boch und Erlengut erwähnt werden. Testplanungen wurden gemacht, um abzuklären, was möglich und verträglich ist. Es wurde aber nicht nur geplant, sondern es konnten auch konkrete Projekte umgesetzt werden. Ich denke hier speziell an den Neubau Stapferhaus, das Schulhaus Lenzhard, den Umbau und die Erweiterung des Schulhauses Bleicherain, die Sanierung des Museums Burghalde, welches wir morgen einweihen dürfen. Dies sind wesentliche Projekte, welche Helen Bisang mitgeprägt hat. Der Stadtrat dankt an dieser Stelle noch einmal für die engagierte Arbeit in den vergangenen Jahren, welche in Lenzburg auch Spuren hinterlässt. Christian Brenner, Leiter Tiefbau, übernimmt ad interim die Führung des Stadtbauamts.

Für den Stadtrat heisst dies, den Blick vorwärts zu richten und die Legislaturziele und Massnahmen, welche wir den Mitarbeitenden, der GPFK und dem

Einwohnerrat vorgestellt und präsentiert haben, umzusetzen. Darin heisst es u.a. *"Lenzburg verfügt über eine effiziente Verwaltung mit eigenverantwortlichen, leistungs- und kundenorientierten Mitarbeitenden"*. Eine Massnahme ist, dass wir die Verwaltungsorganisation mit dem Fokus auf die Sozialen Dienste und auch mit dem Fokus auf das Stadtbauamt weiterentwickeln. Dies heisst, aus dem Legislaturziel wird plötzlich ein Jahres- oder Halbjahresziel. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten an diesem Ziel arbeiten. Der Einwohnerrat wird natürlich über die Resultate unserer Arbeit auf dem Laufenden gehalten.

7. Einladung Einweihung Schulhaus Bleicherain

Stadtmann Daniel Mosimann: Ich hoffe, ihr habt alle eine Einladung auf dem Tisch vorgefunden. Wir bitten um eure An- oder Abmeldung an die Schulverwaltung. Wir freuen uns bereits heute auf den Anlass und die Einweihung dieses schönen Baus. Vielen Dank.

2 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Wir haben heute über verschiedene Einbürgerungsgesuche zu entscheiden. Ich bitte die anwesenden Personen kurz aufzustehen, wenn ich ihre Namen nach bestem Wissen aufrufe...

Sprecherin der Einbürgerungskommission ist Bettina Hänny (CVP): Bevor die anwesenden Gesuchssteller und Gesuchstellerinnen an das Einbürgerungsgespräch im Mai dieses Jahres kamen, verging mindestens ein Jahr oder noch etwas mehr. Nachdem teils doch etwas mühsamen Einreichen aller Dokumente war es soweit: Das Gespräch mit der sechsköpfigen Kommission stand vor der Tür. Wie haben die Gesuchssteller diesen Schritt aber empfunden?

Dieser Frage sind wir nachgegangen und konnten Folgendes als Hauptessenz feststellen: Die anwesenden Gesuchssteller haben sich bei jedem Schritt sehr wohl gefühlt. Besonders beim ersten Kontakt im Rathaus wurden sie sehr würdig, respektvoll und zuvorkommend behandelt. Im Gespräch mit der Kommission stellt sich jedoch Folgendes heraus: Die Gesuchssteller waren doch schon fast ein wenig enttäuscht, dass wenige der folgenden Fragen kamen: Sie hätten mehr Fragen zur Verbundenheit zu Lenzburg beantworten wollen, mehr Fragen, warum sie Schweizer werden wollen, was die historischen und kulturellen Grundlagen der Schweizer Identität sind und wieso man sich genau in der Schweiz so wohl fühlt, dass man Bürger werden möchte; denkt man, die Gewaltentrennung passt zur Schweiz und warum? Hier bringen Auswendiglernfragen wenig, auch wenn es in der Schweiz bei Einbürgerungsgesprächen sehr beliebt ist, nach den einzigartigen Sportarten Hornussen und Schwingen zu fragen.

Dieser Ansporn scheint Grund genug zu sein, um die Gesuche heute Abend anzunehmen. Vielleicht ist es auch ein Ansporn für die Kommission sich zu überlegen, gewisse Fragen als Pflichtfragen zu erheben. Zu den Gesuchstellern: Drei davon haben ihr ganzes Leben in der Schweiz und den Grossteil in Lenzburg verbracht. Zwei haben 12 bis 17 Jahre in der Schweiz verbracht.

Sie kommen aus fünf verschiedenen Ländern und haben alle, ausser die Minderjährige, welche heute nicht anwesend ist, eine Erklärung zu den Werten der Bundesverfassung und zum Kanton unterschrieben. Dies waren interessante Informationen. Somit empfiehlt die Kommission alle Gesuche anzunehmen. Danke.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Bettina Hännly. Die Diskussion ist offen. Wünscht jemand das Wort? Wenn die Diskussion nicht gewünscht wird, komme ich zu den Abstimmungsfragen.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel erläutert das weitere Vorgehen.

Abstimmung

Grossmehrheitlich beschliesst der Einwohnerrat, über die Einbürgerungsgesuche in globo und geheim abzustimmen.

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 17. Juli 2018 wird in geheimer Abstimmung sämtlichen Gesuchstellenden das Gemeindebürgerrecht von Lenzburg zugesichert:

Diese Beschlüsse unterliegen nicht dem fakultativen Referendum.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Der Einwohnerrat hat somit sämtliche Gesuche gutgeheissen. Ich gratuliere allen Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern herzlich zur Erlangung des Gemeindebürgerrechts von Lenzburg. Natürlich verbunden mit der Aufforderung: Nehmen Sie aktiv am öffentlichen Leben in Lenzburg teil, und packen sie die Gelegenheit, welche Ihnen jetzt die direkte Demokratie bietet. Sie haben sich für die Schweiz entschieden und jetzt können Sie tatkräftig mithelfen unser Land weiterhin zu unserem Wohl zu entwickeln. Herzliche Gratulation. (Applaus)

3 Soziale Dienste; Konzept 2019; Ressourcen im Budget 2019

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: An der Informationsveranstaltung vom 13. September 2018 hat weit über die Hälfte der Mitglieder des Einwohnerrats

die Chance genutzt, um wichtige Infos aus erster Hand zu erfahren. Den Verantwortlichen der Stadt danke ich bereits jetzt ganz herzlich für die ausführlichen und sehr detaillierten Infos sowie für das grosse Engagement.

Sprecherin der GPFK ist Corin Ballhaus (SVP): Ich lege Ihnen gerne die Sicht und die Überlegungen der GPFK zum Antrag der Sozialen Dienste dar:

Die Zunahme der Fallzahlen ist bedenklich. Das Konzept hat uns dies deutlich gezeigt, dass wir auf kommunaler Ebene – abgesehen von Präventivmassnahmen – kaum Möglichkeiten haben, darauf Einfluss zu nehmen. Kommt dann noch der Spardruck und die Stellenplafonierung dazu, kommt uns dies wegen der steigenden Falllast teuer zu stehen; teurer, wie es schon ist. Auch dies hat uns das Konzept sehr deutlich gemacht. Sicher, die beantragte Stellenerhöhung von 295 % ist massiv. Wenn man aber, wie das Konzept darlegt, genügend personelle Ressourcen, kombiniert mit den entsprechenden organisatorischen Massnahmen, zur Verfügung stellt, trägt dies dazu bei, dass die Fallkosten reduziert und die Ablösequoten erhöht werden. So wird der Umfang der Stellenerhöhungen nachvollziehbar. In der Vergangenheit waren in Bezug auf personelle Ressourcen reaktive Einzelanträge traktandiert gewesen. Dass die Salamtaktik nicht wirklich zielführend ist und die Hürde mit jedem weiteren Antrag von Klein- und Kleinstpensen noch höher wird, mussten die Sozialen Dienste hier vor einem Jahr sehr schmerzlich erleben. Vor dem Hintergrund hat die GPFK im Rahmen des jährlichen Prüfgesprächs den Sozialen Diensten beliebt gemacht, eine kritische Analyse der Gesamtsituation zu machen und aufzuzeigen, wo der Schuh drücke, konkrete Massnahmen zur Verbesserung der Situation zu definieren und auf dieser Basis einen Antrag einzureichen. Für die Sozialen Dienste und den neuen Ressortvorsteher war es offensichtlich ein Ansporn, in dieser sehr kurzen Frist das vorliegende Konzept auszuarbeiten und dies erst noch mit Vergleichen zu anderen Gemeinden und mit Erkenntnissen aus Marktstudien zu untermauern. Dies ganz ohne Budget für eine Organisationsentwicklung und externe Beratung. Kompliment unsererseits.

Schön wäre es auch, wenn wir für alle Anträge, welche wir hier behandeln, so fundierte Entscheidungsgrundlagen vorliegen hätten. Wir konnten in den Sozialen Diensten grosse Bereitschaft feststellen, uns Einblick in ihre Arbeit, ihre Überlegungen und Absichten zu geben. Dies nicht nur im Rahmen des alljährlichen Prüfungsgesprächs, sondern auch punktuell unter dem Jahr. Diesen Dialog werden wir nach dem heutigen Abend fortsetzen, egal wie diese Abstimmung ausgeht, weil wir der Überzeugung sind, dass dies das gegenseitige Verständnis fördert. Die GPFK empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig die Erhöhung der Personalressourcen um 295 Stellenprozente zu bewilligen. Danke.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Corin Ballhaus. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat?

François Kuhlen (FDP): Das Thema ist für mich die Gelegenheit, um vorab zu sagen, dass die FDP ihren Stadtrat nicht hängen lässt. Nachdem die AZ diese

Frage mit Grossbuchstaben vor einiger Zeit in der Zeitung geschrieben hat, nehme ich an, dass es Ehrensache für die AZ ist, die Antwort mit gleich grossen Buchstaben demnächst auch zu publizieren. In diesem Zusammenhang habe ich noch ein Anliegen, weil zu dieser Vorlage nochmals zweimal publiziert wurde, dass die FDP mit ihrer letztjährigen Motion "Gesundung des Finanzhaushalts" auf eine zehn- bis fünfzehnprozentige Personalreduktion abgezielt hätte: Meine Damen und Herren, dies sind Fake News, Präsident Trump lässt grüssen. In unserer Motion haben wir primär eine Stabilisierung der Stellen verlangt und eine Effizienzsteigerung. Wie Corin bereits erwähnte, haben wir die Prozesse sowie die Effizienz bei den Sozialen Diensten angeschaut. Wenn eine Organisation oder eine Verwaltung nicht effizient arbeitet, kann dies aus meiner Sicht grob gesagt drei Gründe haben. Entweder es hat zu viele Mitarbeiter, dann ist die Anzahl Fälle pro Mitarbeiter tief und die Produktivität tief und somit die Effizienz tief. Oder es gibt zu wenig Mitarbeitende, dann leidet die Qualität, die Arbeit kann nur unvollständig erledigt werden, bleibt liegen oder wird verschleppt und Kosten entstehen. Drittens: Auch die Prozesse können nicht optimal sein; aufwendig, ja bürokratisch. Ursache zwei und drei haben wir in den Sozialen Diensten vorgefunden. Der Rest hat Corin bereits ausgeführt, und ich möchte nicht im Detail nochmals darauf eingehen. Ich möchte einfach noch erwähnen, dass wir sehr beeindruckt waren von der Arbeit, welche durch das Team des Ressortvorstehers Andreas Schmid und des Dienststellenleiters Michael Gruber geleistet wurde. Ich möchte hier die Gelegenheit wahrnehmen, um in aller Öffentlichkeit den beiden Herren für die hervorragende Arbeit zu danken.

Bei aller lobenswerten Arbeit gibt es aber noch vier Bemerkungen, welche ich anbringen möchte, sowie auf die Risiken und einige Fragen hinweisen:

1. Geeignete, d.h. ausgewiesene Bewerberinnen und Bewerber für die neuen Stellen zu suchen, wird eine Herausforderung werden. So wird der Ressortleiter sowie der Leiter Soziale Dienste in nächster Zeit mit Stellenausschreibungen und Bewerberinnen und Bewerbern beschäftigt sein. Sie werden eine sehr anspruchsvolle Aufgabe lösen müssen.
2. Die Anpassung von Geschäftsprozessen ist ein Teil des Konzepts, welches wir übrigens voll unterstützen. Dies muss dringend gemacht werden und wurde bis Ende Jahr in Aussicht gestellt, um Anfang 2019 einen Neuprozess zu schaffen. Auch dies betrachten wir als eine grosse Herausforderung.
3. Ist mit diesem Antrag, wenn wir ihn gutheissen, das Thema Soziale Dienste vom Tisch? Sicher nicht. Die Sozialen Dienste von Lenzburg machen nur, was gesetzlich Pflicht ist. Auf gut Deutsch haben wir kein nice-to-have in dieser Organisation gefunden. Wie sich die Fallzahlen in Zukunft entwickeln, ist kaum vorauszusagen. Fakten sind: Lenzburg ist nah bei Zürich, bestens mit dem öffentlichen Verkehr erreichbar, hat günstigen Wohnraum, scheint für Sozialfälle attraktiv und Wohngemeinschaften sind an der Zeit. Dies bietet Potential für weiteres Wachstum, vor allem bei den Sozialen Diensten. Der Stadtrat schreibt, dass er diese Entwicklung eng begleiten

wird, und dies werden wir von der GPFK auch. Je nach dem braucht es, wie es sich entwickelt, auch in den nächsten Jahren wieder Anpassungen. Die beantragten Stellenprozente haben – bezogen auf die heutige Situation – keine Reserven.

4. Im neuen Konzept der Sozialen Dienste erhält die Sozialkommission eine neue Rolle. Sie wird von der Instanz, welche endgültig über Massnahmen für jeden einzelnen Fall entscheiden muss, zu einer Rekursinstanz. Rekursfälle sind in der Regel komplizierter, in jeder Beziehung fordernd und/oder besonders heikel. So werden mit dem neuen Konzept die Aufgaben der Sozialkommission wesentlich anspruchsvoller. Aus Feedbacks von Mitgliedern dieser bisherigen Sozialkommission habe ich gelernt, dass die Kommission mit grosser Dringlichkeit eine Fachkommission sein oder werden muss. Für die zukünftige Zusammensetzung der Kommission müssen die erforderlichen Kompetenzen ausgewogen festgelegt werden und anschliessend vertreten sein. Zur Wahl der Mitglieder müssen Anforderungsprofile erstellt und durchgesetzt werden. Für die Eignung von Mitgliedern müssen ihre Fach- und Sozialkompetenzen genau geprüft werden. Die Zeit für politische Zusammensetzungen mit Kompetenzen nach dem Zufallsprinzip ist aus meiner Sicht endgültig vorbei. Auf dieses Thema werden wir sicher auch unseren Fokus beibehalten.

Die FDP-Fraktion wird einstimmig diesen Antrag gutheissen und ihren Stadtrat nicht hängen lassen. Vielen Dank.

Daniel Zeller (SVP): Es wäre wahrscheinlich eine Überraschung, wenn die SVP-Fraktion mit viel Freude eine Stellenerhöhung in der Administration bewilligen würde. Jedoch, wenn es um Themen geht wie überproportional steigenden Fallzahlen, die wachsenden Anforderungen an die Fallführung der verschiedenen Behörden, dann sind dies Parameter, welche vielleicht teilweise in gewissen Sälen steuerbar wären; aber wir wissen, in diesem Saal können wir das nicht. Aus diesem Grund schätzen wir umso mehr diese sachliche und transparente Herangehensweise, welche für diese Probleme angewendet wurde. Insbesondere die Verwendung der wissenschaftlich aufbereiteten Daten und den gut organisierten Informationsabend haben wir als beispielhaft geschätzt, und wir hoffen, dass dies bei gleichgelagerten Fällen Nachahmung findet. Besten Dank auch unsererseits an den Stadtrat, vor allem Andreas Schmid, und an die Sozialen Dienste.

Auch begrüssenswert in der Klarheit ist, dass die Stadt Lenzburg explizit nicht den Ruf einer Stadt sucht, in der es speziell einfach ist, an Sozialleistungen ranzukommen. Die Studie, welche insbesondere eine Fallkostenreduktion von Fr. 1'500.– ausweist und unter anderem auch als Begründung für die Aufstockung der Ressourcen dazugezogen wird, erachten wir als greifbar. Wir bedauern, dass wir in der Vorlage keinerlei Formulierung von Zielen betreffend Einsparungen finden. Es ist schön, dass im Budget 2019 bereits entsprechende Einsparungen vorgesehen sind. Man sieht dies bei den Erläuterungen zur

Erfolgsrechnung: Einsparungen von Fr. 130'000.– aufgrund dieses Konzepts. Wo wir aber längerfristig hinwollen, welches Ziel wir vorsehen, ist nicht ersichtlich. Jetzt sind wir bei Fr. 1'500.– pro Fall. Ist dies realistisch zu erreichen oder weniger/mehr? Dies fehlt aus unserer Sicht ein wenig in diesem Konzept. Wir hoffen, dass man diese Zahlen weiter beobachtet und kommuniziert. Abschliessend haben wir noch drei kleinere, jedoch nicht minder wichtige, Anregungen:

1. Wir wünschen, dass für die Aufstockung – was nicht sehr einfach werden wird – keine Kleinstpensen vergeben werden.
2. Wir hoffen, dass wir auch in Zukunft unter der KOKES-Empfehlung für die Pensen bleiben können, so wie wir es jetzt in der Tabelle im Konzept sehen.
3. Im Konzept steht das Wort "Fordern" vor "Fördern", und wir würden uns freuen, wenn in der Praxis die beiden Aspekte Fordern und Fördern mindestens gleichbehandelt würden, so dass der städtische Weckdienst, von welchem wir gehört haben, auch weiterhin als Kuriosität in Lenzburg betrachtet werden kann.

Die SVP-Fraktion empfiehlt trotz begrenzter Freude, die Erhöhung der Personalressourcen der Sozialen Diensten anzunehmen. Danke.

Chantal Toker (GLP): Da wir im letzten Jahr an vorderster Front dafür gesorgt haben, dass die Stellenprozente im Bereich der Sozialen Dienste nicht erhöht wurden, möchte ich mich auch noch kurz äussern. Wir hatten damals vom Stadtrat mehr Transparenz gefordert, damit man die Situation der Sozialen Dienste auch fundiert beurteilen kann. Der Stadtrat hat seine Hausaufgaben gemacht. Das Konzept und die Analyse, welche Stadtrat Andreas Schmid zusammen mit dem Leiter Soziale Dienste, Michael Gruber, erarbeitet hat und uns vorliegt, ermöglichen eine fundierte Meinungsbildung, und wir haben den Handlungsbedarf erkannt. Ich kann dies auch aus Sicht eines Kommissionsmitglieds bestätigen. Ich möchte an dieser Stelle Stadtrat Andreas Schmid ein grosses "Kränzli" winden für die Art und Weise, wie er das Ressort anpackt, unterstützt und weiterentwickelt. Dies ist wirklich vorbildlich. Danke.

Was mir etwas Sorgen bereitet, ist der überproportionale Anstieg der Sozialfälle bedingt durch Neuzuzüger. Ich denke, dies ist ein Problem oder Thema, welches man eventuell auf politischem Weg angehen kann oder sollte. Dies ist aber heute nicht Thema. Ich plädiere auf eine Annahme des Antrags. Die GLP-Fraktion wird dem Antrag einstimmig zustimmen.

Marianne Tribaldos (CVP): Nun ist es also soweit. Es war zwar irgendwie vorauszusehen, aber schöner wäre doch, wenn es nicht passiert wäre. Nun schlägt die Realität mit harter Hand zu. Mehr Arbeit für dasselbe Geld, dies

funktioniert leider nicht. Dies war eigentlich auch zu erwarten, denn mehr Einwohner bedeutet auch mehr Arbeit für die Stadtverwaltung und ganz besonders auch im sozialen Bereich. 295 Stellenprozente sind natürlich eine Menge. Früher ging es immer darum, in diesem Bereich Einsparungen vorzunehmen, und nun sind die Grenzen erreicht. Die Sozialen Dienste brauchen mehr Personal, um die anstehende Arbeit zu bewältigen. Die neue Strategie, nämlich vermehrt Präventionsmassnahmen im Sinne von Fordern und Fördern vorzunehmen, gefällt uns sehr gut, denn dieses Konzept scheint nachhaltig zu sein. Es steht uns aber gut an, in dieser Frage nicht allzu engherzig zu sein; Zum Sozialfall wird man nicht, weil man dies will. Jeder sollte dankbar dafür sein, von solchen Problemen nicht betroffen zu sein, passieren kann dies nämlich jedem. Es ist klar, wenn die Personalressourcen ans Limit stossen und somit die Arbeit nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen genügt, entstehen hohe Folgekosten. Gefreut haben wir uns über die sehr klare und einleuchtende Darstellung der Probleme. Da die Stadt finanziell gar nicht so schlecht dasteht und wir uns dies alles auch leisten können, bleibt nur übrig, dem Antrag zuzustimmen.

Anja Vögeli (SP): Immer wieder begegnen mir junge Männer wie Frauen in Lenzburg, welche auf mich den Anschein machen, als würden sie nicht einer geregelten Arbeit nachgehen. Dies ist eher ein trauriges Bild, welches zu nehmen wird, hätten wir nicht die Sozialen Dienste, welche dem Trend der Jugendarbeitslosigkeit einen Riegel schieben wollen. Wir haben es bereits gehört, Fördern und Fordern, Menschen selbständig machen und sie schnell aus der Sozialhilfe holen, ist das benannte Ziel. Jugendarbeitslosigkeit verhindern ist nur ein Beispiel für die immens wichtige Arbeit der Sozialen Dienste und für eine gut funktionierende Gesellschaft in Lenzburg.

Doch durch die fehlenden Stellenprozente wächst die Arbeit in das Unermessliche und bleibt liegen. Dies kommt uns Lenzburger über kurz oder lang sehr teuer zu stehen. Die kaum zu bewältigenden Masse an dicken Dossiers lässt die Sozialhilfeausgaben in die Höhe schnellen. Diese stehen in keinem Verhältnis zu den Kosten der beantragten Stellenprozente der Stadt. Den Stapel von Arbeit – wie angedroht – extern an ein Treuhandbüro vergeben zu müssen, würde keinen Sinn machen, da dies wesentlich teurer würde. Wir gefährden früher oder später unseren sozialen Frieden, wenn wir den Sozialen Diensten nicht ermöglichen, mit den nötigen Rahmenbedingungen, ihre Arbeit speditiv verrichten zu können. Menschen, welche in unserer Gesellschaft nicht integriert sind, sind oft isoliert, werden oft langzeitarbeitslos, physisch und psychisch krank und werden auch anfälliger für Kriminalität. Dass die Arbeitsbedingungen bei den Sozialen Diensten seit Jahren nicht mehr angepasst wurden, wurde im Rat zwar bereits erwähnt, aber nicht weiter behandelt. Und, dass sich die Sozialen Dienste in einem bedauernswerten Stressjahr aufgrund von zu wenig Personal befinden, dagegen hat sich die SP bereits vor einem Jahr leider chancenlos gewehrt. Darum ist es höchste Zeit, dass der Einwohnerrat heute mit einem klaren Ja zum Antrag das Steuer herumreisst. Die SP findet den Antrag der Sozialen Dienste und des Stadtrats sorgfältig und genau begründet. Die SP-Fraktion kann dem Antrag zustimmen.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Anja Vögeli. Sind noch weitere Wortmeldungen? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmungen

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 5. September 2018 wird

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat bewilligt eine Erhöhung der Personalressourcen der Sozialen Dienste der Stadt Lenzburg um 295 Stellenprozente.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 5. November 2018 ab.

4 Budget 2019

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Wie jeden Herbst ist auch jetzt wieder der Moment gekommen, die Finanzplanung der Stadt zu prüfen. Ich danke dem Stadtrat im Namen des Einwohnerrats an dieser Stelle für die grosse Arbeit, welche er mit der Vorbereitung geleistet hat - auch wenn das Eine oder Andere vielleicht nicht immer allen passt, denn das Budget und der Finanzplan setzen sich mit ganz unterschiedlichen Realitäten auseinander, welche für die ganze Bevölkerung und deren Interessen entscheidend sind.

Wir beginnen mit dem Budget und besprechen im nächsten Traktandum die Aufgaben- und Finanzplanung. Zum Vorgehen: Zuerst erfolgt die Eintretensdebatte, welche mit dem Bericht des GPFK-Präsidenten, Beat Hiller, eröffnet wird. Anschliessend können die Fraktionen Stellung beziehen und ihre Meinungen äussern. Auf die Eintretensdebatte folgt die Detailberatung zum Budget 2019. Zum Schluss stimmen wir ab. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass alle Anträge der Fraktionen erst in der Detailberatung bei den jeweiligen Abteilungen eingereicht werden sollten und nicht schon in der Eintretensdebatte.

Nun übergebe ich das Wort an Beat Hiller, GPFK-Präsident.

Eintretensdebatte zum Budget 2019

Sprecher ist GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Das Budget sieht im Grundsatz gut aus. Wir haben einerseits einen Erfolg, zwar klein, jedoch im Rahmen der betrieblichen Tätigkeiten von positiven Fr. 12'500.–. Das Gesamtergebnis zusammen mit dem Finanzerfolg ergibt 3,5 Mio. Franken.

Bei den Kernaussagen gibt es noch das Eine oder Andere zu betonen. Ich hoffe, dass die Rechnung 2018 besser als das Budget ausfällt. Gewisse Aussagen der Verwaltungen weisen stark darauf hin. Betreffend Cashflow, welcher ein wichtiger Faktor ist, sollte die Stadt mit Blick auf die Zukunft noch etwas Fett ansetzen, da in Zukunft magerere Jahre anstehen. Vielleicht kommen wir im Aufgaben- und Finanzplan beim einen oder anderen Thema noch dazu.

Die Steigerung bei den Steuern ist wichtig. Sie ist auch erklärbar. Wir haben mehr Personen, demnach nehmen wir auch mehr Geld ein. Es ist aber immer wieder eine mutige Annahme, welche vom Leiter Finanzen und vom zuständigen Stadtrat getroffen werden muss. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass sie nicht so schlecht liegen, wenn sie an und für sich den Vorgaben des Kantons folgen. Wir wissen aber nicht so genau, wie es läuft. Wir wissen auch nicht, wie rasch man die leeren Wohnungen mit Mitbürgerinnen und -bürgern füllen kann, um noch mehr Steuern einzunehmen. Wir wissen nicht, wie die Wirtschaft läuft, ob es weiterhin so gut geht, dass diejenigen, welche hier wohnen, entsprechend Einkommenssteuern bezahlen können. Die tieferen Gebühren, welche erwähnt sind, nehmen wir natürlich gerne an. Die vollständige Eigenfinanzierung, trotz Investitionen 2019, ist ein Muss. Ich glaube, wenn wir dies nicht schaffen würden, wäre es nicht gut. Jeder Franken, welchen wir nächstes Jahr rausholen, benötigen wir für die nächsten vier bis fünf Jahre, vielleicht auch noch darüber hinaus. Darum wünsche ich dem Stadtrat und uns allen, dass wir Ende nächsten Jahrs nicht 3,5 Mio. Franken sehen, sondern vielleicht sogar beim Gesamtergebnis eine vier an vorderster Stelle.

Über die schlanke Verwaltung haben wir vorhin bereits genügend Ausführungen gehört. Dies soll ein dauerndes Ziel sein! Wir haben einen neuen Verwaltungsleiter, welcher die Führung des Ganzen übernehmen und auch durchsetzen muss. Wir haben uns vor einer Woche sehr intensiv mit ihm auseinandergesetzt, wo und wie man dies anpacken soll.

Wenn man heute Nachmittag die Zeitung betreffend Steuerfuss in Staufen gelesen hat mit einer Steuerfussreduktion von 10 %, kommt uns natürlich das Augenwasser, wenn wir bei 105 % und Staufen bei 76 % liegen. Aber nichts desto trotz müssen wir bei 105 % bleiben, und ich denke, dies ist jedem hier klar, und es würde nichts bringen, wenn wir an und für sich auf ein oder zwei Jahre zurückgehen würden. Wir müssten nachher viel höher anheben, als wenn wir jetzt bei den 105 % bleiben.

Bei den einzelnen Punkten im Communiqué denke ich, ist die Herleitung der Ergebnisse nachvollziehbar und auch plausibel. Bei der Dividende der SWL muss man kritisch hinterfragen. Diese ist eigentlich nur so gut wegen des Gases. Der Gasmarkt ist im Moment ein Markt mit guter Marge, aber natürlich nur so lang, bis er liberalisiert wird. Die SWL ist zusammen mit dem Stadtrat, welcher im Verwaltungsrat Einsitz nimmt, gefordert, in den nächsten Jahren neue Märkte zu finden; neue Märkte, welche ähnliche Margen abwerfen wie im Moment der Gasmarkt, ansonsten haben wir dann diese 1,8 Mio. Franken, welche budgetiert sind, für spätere Jahre nicht mehr. Hier ist es ganz wichtig,

daran zu bleiben und zu schauen, dass die SWL weiterhin als doch wertvolle Firma unserer Stadt Lenzburg Dividende abwirft. In der Detailberatung kommen wir auf die Investitionsrechnung zurück. Was wir gesehen haben, ist, dass die vielen Schulhausvorhaben im nächsten Jahr abgeschlossen werden.

Zum Steuerertrag: Wir haben schon darüber gesprochen, auf der einen Seite ist es schön, auf der anderen Seite ist es aber auch noch interessant. Ich dachte immer, die Widmi bringe einen höheren Steuerertrag; nun stellte ich fest, dass im Lenz auch eine Steigerung vorhanden ist, denn dort haben wir viele Doppelverdiener mit wenig Sozialabzügen. Bei den Verwaltungsabteilungen, welche Geld kosten, haben wir eigentlich überall eine Zunahme, ausser in der Abteilung Verkehr. Der grösste Zuwachs ist in der Verwaltungsabteilung 5 Soziale Sicherheit zu verzeichnen. In der Allgemeinen Verwaltung haben wir eine Zunahme von Fr. 314'000.–. Dies ist die drittgrösste Steigerung in unserer Verwaltung. Darauf werden wir noch zurückkommen, da es einige kritische Punkte gibt, die wir beachten müssen. Aus den Diagrammen wird ersichtlich, dass die Bildung auf der Kostenseite zusammen mit der Sozialen Sicherheit die Hälfte des Gelds ausmacht, das wir ausgeben; dies erstaunt. Noch etwas zu den zwei Abteilungen, welche Geld einbringen: Abteilungen 8 und 9. Wir sehen, dass wir dort vor allem eine halbe Million Franken einnehmen durch die Konzession der Elektrizität. Dies ist eine dauernde Einnahmequelle, welche wir im Moment haben. Worüber wir vor einer Woche etwas intensiver diskutiert haben, ist die Übersicht Personalbestand (Anhang). Die jetzige Darstellung ist etwas detaillierter. Die Erhöhung beim Regio Steueramt von 0,8 Stellenprozente ist nachvollziehbar. Das Regio Steueramt hatte nun einige Jahre keine Stellenerhöhung mehr, aber deutlich mehr Steuerpflichtige zu betreuen. Dies wurde einerseits kompensiert durch Effizienzsteigerung, durch den Einsatz von entsprechender Software. Dies ist ein gutes Beispiel, wie man Mehrbelastung mit dem gleichen Personal meistern kann. Jetzt ist das Regio Steueramt aber an einem Punkt angekommen, wo es mehr personelle Unterstützung benötigt, und dies war für uns in der GPFK nachvollziehbar.

Der Verwaltungsleiter hat eine grosse Herausforderung übernommen, haben wir doch vor einem Jahr die Struktur gewisser Abteilungen noch sehr kritisch hinterfragt. Er hat nun die Chance, aus diesen Herausforderungen etwas zu machen. Wir haben durch den Abgang der Leiterin Bauamt eine Chance im Stadtbauamt erhalten, welches wir in den letzten Jahren immer sehr kritisch diskutiert haben. Wir von der GPFK sind der Überzeugung, dass man nicht einfach übereifrig handeln und einen neuen Leiter Bauamt einstellen soll. Man soll sich zuerst Gedanken machen, wie man das Bauamt organisieren soll, wie die Arbeitsabläufe optimiert werden können. Über die Fr. 50'000.–, welche für eine Organisationsentwicklung eingestellt wurden, haben wir in der GPFK auch diskutiert. Dieser Betrag ist als Grössenordnung zu verstehen, welcher der Verwaltungsleiter im Prinzip entsprechend verwenden kann, um das Problem Bauamt zu lösen. In der GPFK sind wir dann nicht mehr weiter darauf eingetreten. Es muss aber auch gesagt sein, dass wir – wenn man über Personal spricht – das Handicap eines Kündigungsschutzes haben, nicht so wie in der Privatwirtschaft (bspw. Novartis). Kündigungen im öffentlich-rechtlichen Bereich

sind nicht so einfach möglich. Wir haben ein entsprechendes Reglement, dass wir eine Person nicht einfach auf die Strasse stellen können. Eine Entlassung würde auch sehr viel Geld kosten. Darum müssen wir allfällige Korrekturen durch natürliche Abgänge vollziehen. Wir haben vom Verwaltungsleiter aber auch gehört, dass gewisse Synergien möglich sein sollten im Zusammenhang auch mit dem neuen Verwaltungszentrum, auf welches wir vermutlich im Aufgaben- und Finanzplan auch noch zu sprechen kommen. Es gibt aber auch noch ein anderes Potential: Die Stadt Lenzburg könnte auch Dienstleistungen für andere Gemeinden übernehmen und so Leistungen verkaufen. D.h. Arbeiten übernehmen im Rahmen unserer Verwaltung und so noch Geld verdienen. Natürlich nicht im grossen Masse, aber trotzdem könnte man so die Kosten vielleicht ein wenig reduzieren und etwas Geld einnehmen. Auch dafür wären wir von der GPFK offen. Dies die Zusammenfassung aus der Beratung der GPFK.

Wir haben ein gutes Budget vorliegend, wir haben aber auch Baustellen, wo einerseits der Verwaltungsleiter zusammen mit dem Stadtrat ganz klar gefordert ist. Er hat uns auch versprochen, dass wir noch dieses Jahr erste Konzeptvorstellung erhalten werden. Wir von der GPFK sind gespannt, werden es eng verfolgen und wünschen, dass die Vorgaben des Budgets 2019 erfüllt werden.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Beat Hiller. Die Diskussion zur Eintretensdebatte ist eröffnet. Wem darf ich das Wort erteilen?

Franck Robin (SP): Die SP-Fraktion hat sich auch intensiv mit dem Budget auseinandergesetzt. Das Budget ist aus unserer Sicht mit viel Sachverstand und Weitblick erstellt worden. Alle Unterlagen sind übersichtlich und korrekt vorhanden. Auch an der GPFK Sitzung wurden alle Fragen, welche wir hatten, aus unserer Sicht kompetent und begründet beantwortet worden.

Das Thema des Budgets sind auch die Investitionen. Im 2019 wird weiter investiert. Es sind bereits 2,2 Mio. Franken bewilligt. Wir werden in naher Zukunft hier im Rat über weitere Geschäfte befinden dürfen wie z.B. Sanierung Bleiche, Umnutzung Tagesstrukturen, Machbarkeitsstudie für das lang angekündigte Verwaltungszentrum, Planung Werkhof, Sanierung etappenweise Ringstrasse usw. Ja, Lenzburg geht es gut. Wir können und wir müssen hier in diesem Saal dafür sorgen, dass es so bleibt. Investitionen sind ein wichtiges Instrument dazu, und wir können uns – und dies ist schön – diese Investitionen leisten. Dies ist schön, aber auch nicht selbstverständlich, wenn wir um uns herum schauen, insbesondere auch über die Landesgrenze hinaus. Investieren heisst auch in die eigene Organisation investieren. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass die Annahme der Stellenprozente für die Sozialen Dienste auch eine Investition in die Zukunft von Lenzburg ist. Wir haben es ja auch bereits vorhin von Anja Vögeli gehört. Auch Investieren in die Organisation wird mit dem Wachstum der Stadt und der Region eine wichtigere Rolle für unsere Stadt einnehmen. Dementsprechend sind Stadtrat und Stadtverwaltung gefordert, die Verwaltung weiter als Ganzes zu überprüfen und sicherlich ist das Vorgehen mit den Sozialen Dienste ein gutes Beispiel. Wir von der SP unterstützen

grundsätzlich das Vorgehen "Überprüfung der Organisation". Es darf aber nicht mit dem Ziel sein, dass wir um jeden Preis sparen möchten. Das wäre der Punkt, wo wir von der SP nicht mehr mitziehen würden. Beat Hiller, du hast das Beispiel der Novartis gebracht. Ja, sie bauen stellen ab. Dies ist die Freiheit, welche die Privatwirtschaft hat. Obwohl sie 31 % Gewinn schreiben, bauen sie stellen ab. Wohlgermerkt, andere Pharmakonzerne machen noch mehr Gewinn wie z.B. die Firma Roche mit 41 % Gewinn. Aber ist es das, was wir wollen, ja in Anbetracht der Gesundheitskosten.

Ein grosses Dankeschön auch von der SP an alle involvierten Personen, welche beim Budget mitwirkten. Die SP-Fraktion hat einstimmig beschlossen, das Budget mit unverändertem Steuerfuss von 105 % anzunehmen. Vielen Dank.

Marianne Tribaldos (CVP): Vor uns liegt das Budget 2019. Es sieht gut aus. Trotz steigender Aufgaben, trotz immer noch vorhandener Schulden, kann der Steuerfuss gleichbleiben, und die Aufgaben werden bewältigt. Dennoch, mehr Einwohner und nur wenige Reiche. Das bedeutet höhere Kosten für Soziales. Mehr Verkehr bedeutet mehr Staus, also höhere Kosten für den Strassenbau. Familien mit Kindern unter Umständen mit zwei berufstätigen Eltern teilen Lenzburger Steuern, das bedeutet mehr Kosten für Schulen, Kinderkrippen, Tagesstrukturen usw. Ich erspare Ihnen jetzt weitere Aufzählungen im Sinne eines schlanken Zeitbudgets hier im Rat. Die Stadt ist gewachsen. Die Aufgaben steigen, aber auch die Einnahmen. Vielleicht ist es nicht mehr dieselbe Stadt wie vor 30 Jahren. Aber, erfolgreich sein kann nur derjenige, der den gesellschaftlichen Wandel und Fortschritt akzeptiert und mit ihm arbeitet. Das Konzept, die Stadt wachsen zu lassen, damit mit Hilfe von Steuereinnahmen das Defizit abgebaut werden kann, hat bis jetzt funktioniert. Wir haben höhere Kosten, aber wir können sie uns leisten. Trotzdem arbeitet der Stadtrat daran, Gebühren zu senken und die Bürger zu entlasten. Die Aufgabe, das Budget der Stadt dauerhaft zu stabilisieren ist noch nicht ganz bewältigt, aber der Weg dorthin scheint zielführend, so war es zumindest bis jetzt. Das Gute an der ganzen Sache ist natürlich, dass eine Stadt im Gegensatz zu einer Aktiengesellschaft keine Gewinne erzielen muss. Deswegen können wir auch zufrieden sein damit, dass wir uns die Ausgaben leisten können. Die Arbeit ist noch nicht getan, das ist sie nie. Wir gratulieren dem Stadtrat zu seiner erfolgreichen Arbeit.

Die CVP stimmt dem Antrag zu, das Budget zu genehmigen und den Steuerfuss beizubehalten.

Corin Ballhaus (SVP): Hinter dem Budget von 102 Seiten steckt viel Arbeit. Diese verdient unseren Dank. Auf den ersten Blick, wir haben es bereits verschiedentlich gehört, bietet das Budget ein erfreuliches Bild. Die Zahl, welche 2019 aus dem betrieblichen Ergebnis resultieren soll, ist eine schwarze. Der

budgetiere Mehrertrag auf der Steuerseite ist ebenso erfreulich, wie die erwartete Steigerung des Selbstfinanzierungsgrads. In den Sozialen Medien würden wir jetzt ganz spontan "Daumen hoch" anklicken. Der erste positive Eindruck darf aber über ein paar weniger erfreuliche Punkte aus unserer Sicht in diesem Budget nicht hinwegtäuschen. Wir haben, wenn auch mit etwas Zähne knirschen, zu einer markanten Stellenerhöhung bei den Sozialen Diensten Ja gesagt. Dies bedeutet aber für uns nicht, dass wir glücklich darüber sind, dass im Gleichzug der Gesamtstellenetat steigen soll. Wir fühlen uns hier wieder etwas "Back to the Future", in der gleichen Diskussion wie vor einem Jahr. Wenn der Stadtrat ja weiss, dass das Thema immer wieder aufkommt, verstehen wir nicht, wieso man dies dann nicht gleich proaktiv angehen kann. Es sollte aufgezeigt werden, wo man mit dem Gesamtstellenetat hinmöchte. Unser Grundanliegen ist, dass dieser nicht immer weiter ansteigen soll. Es geht uns nicht um einen Abbau, dies möchte ich hier betonen, sondern es geht in erster Linie darum, dass man anschaut, was kann intern kompensiert werden. Für uns ist Nichtinformieren keine Lösung und wirft mehr Fragen auf, als nötig sind.

Dem aufmerksamen Leser des Budgets entgeht nicht, dass der Stadtrat noch eine Baustelle mit einem grösseren Handlungsbedarf geortet zu haben scheint, wenn für eine Abteilung von knapp 11 Personen ein Budget von Fr. 50'000.– für eine Organisationsentwicklung eingestellt wird. Wir möchte hier, Beat Hiller hat es bereits erwähnt, den gleichen Wunsch anbringen, dass jetzt nicht mit Hochdruck auf eine Stellenbesetzung des/r Leiterin/Leiter Bauamt gesetzt wird, sondern dass man die Gelegenheit nutzt und genau anschaut, was gemacht werden muss. Abschliessend würde ich mir und von unserer Fraktion her wünschen, dass nicht nur das Budget aus Zahlen besteht, sondern dass die nackten Zahlen um ein paar Worte ergänzt werden. Dies würde auch für die Kommunikation eher ein Daumen hoch Zeichen geben.

Unsere Fraktion stimmt dem Budget einstimmig zu.

Heiner Cueni (FDP): Als vierter Redner zum gleichen Thema möchte ich nicht alles wiederholen, weshalb ich mich kurz halte. Trotzdem möchte ich nochmals auf die zwar abgelehnte Motion vom letzten Jahr hinweisen, welche offenbar in diesem Budget einen gewissen Niederschlag gefunden hat. Man sieht, dass sich die ganze Geschichte auch weiterentwickelt. Besten Dank.

Die FDP ist für das Eintreten und die Annahme des Budgets. Danke.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Merci vielmal, Heiner Cueni, für das kurze Statement. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Wenn das nicht der Fall ist, schliesse ich die Eintretensdebatte, und wir gehen zur Detailberatung des Budgets über.

Detailberatung des Budgets 2019

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel führt abschnittsweise durch das Budget 2018 und erkundigt sich jeweils nach Wortmeldungen.

0 Allgemeine Verwaltung

GPFK-Präsident Beat Hiller: Wir von der GPFK haben, wie schon eingangs erwähnt, die 80 % Stellenerhöhung im Regio Steueramt gutgeheissen. Wir sehen den Sinn dieser Erhöhung. Bei den Allgemeinen Diensten haben wir freudig die Einsparung bei den Telefonkosten von Fr. 13'000.– zur Kenntnis genommen. Dies ist weniger eine organisatorische Frage, sondern eher eine Vertrags- und Technologiesache. Aber es ist trotz allem ein Punkt, welcher unsere Kasse entlastet. Die Fr. 50'000.– für eine Organisationsentwicklung – wie auch schon erwähnt – haben wir etwas kritisch hinterfragt. Es ist ein sehr hoher Betrag, wie auch bereits von andern erwähnt, und wir konnten diesen Betrag nicht genau nachvollziehen. Wir wünschen uns natürlich schon, dass der Verwaltungsleiter mit viel weniger als Fr. 50'000.– auskommt und dass nächstes Jahr in der Rechnung vielleicht noch Fr. 20'000.– oder Fr. 25'000.– aufgeführt sind. Die Fr. 20'000.– für eine Mitarbeiterumfrage ist vielleicht etwas ungünstig formuliert. Diese sind für die gesamte Stadtverwaltung nicht nur für das Bauamt gedacht. Auch hier hat Peter Baumli einmal eine Zahl eingesetzt. Unser Wunsch von der GPFK wäre auch hier, dass nicht die gesamten Fr. 20'000.– benötigt werden. Es ist sicher möglich, das Geld sinnvoller einzusetzen; wenn es jedoch nötig ist und die Mitarbeiterumfragen für die Entwicklung der Verwaltung benötigt werden, dann soll dieser Betrag verwendet werden.

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung

Keine Wortmeldungen.

2 Bildung

GPFK-Präsident Beat Hiller: Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Lohnreduktion bei der HPS durch eine geringere Anzahl Kinder, welche betreut werden müssen, verursacht wurde. Aus diesem Grund kann diese Zahl in Zukunft immer wieder schwanken. Wir nehmen nun zur Kenntnis, dass nächstes Jahr in diesem Bereich weniger Geld ausgegeben wird.

3 Kultur, Sport und Freizeit

3120.3636.00 / Beiträge an private Organisationen

GPFK-Präsident Beat Hiller: Uns ist aufgefallen, dass beim oben erwähnten Konto, Fr. 100'000.– zu Gunsten des Stapferhauses eingesetzt wurden. Es wurde uns erklärt, dass in der Vergangenheit einige Naturalleistungen der Stadt erbracht wurden im Zusammenhang mit den Ausstellungen im Zeughausareal, welche jetzt mit dem neuen Gebäude wegfallen. Der Stadtrat hat somit entschieden, hier Fr. 100'000.– einzusetzen, um zu schauen, wieviel tatsächlich benötigt wird. Auf das Budget 2020 würden allenfalls Korrekturen vorgenommen. Wir von der GPFK haben dies so zur Kenntnis genommen.

3421 / Ferienhaus Samedan

GPFK-Präsident Beat Hiller: Wir haben zur Kenntnis genommen, dass über das Ferienhaus Samedan nicht mehr diskutiert werden soll, sondern sich der Stadtrat ernsthafte Gedanken macht, wie dessen Zukunft aussehen könnte. Insbesondere im Zusammenhang mit der Liegenschaftsstrategie, welche im Rahmen der Legislaturplanung und Legislaturziele erarbeitet werden. Wir können in den nächsten Jahren vermutlich ernsthaft über das Thema Ferienhaus Samedan diskutieren.

4 Gesundheit

GPFK-Präsident Beat Hiller: Es gibt nicht viel zu sagen, da wir hier fremdgesteuert sind.

5 Soziale Sicherheit

5450.3636.00 / Beiträge an private Organisationen

GPFK-Präsident Beat Hiller: Wir haben den Beitrag von Fr. 30'000.– an die Organisation familie+ hinterfragt und was damit verbunden ist. Wir wurden dahingehend aufgeklärt, dass es zwischen der Stadt und familie+ eine Leistungsvereinbarung gibt. Jährlich wird durch die Sozialen Dienste überprüft, ob der Gegenwert von Fr. 30'000.– auch tatsächlich durch familie+ erbracht wird.

6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Keine Wortmeldungen.

7 Umweltschutz und Raumordnung

7301.3130.81 / Dienstleistungen Dritter

GPFK-Präsident Beat Hiller: Der höhere Betrag wurde einerseits von Martin Stücheli damit begründet, dass wir mehr Einwohner haben, und somit muss mehr Abfall weggeführt werden. Die Zusammenarbeit mit der Firma Häfeli ist schon seit längerer Zeit ein Thema in der GPFK. Seit geraumer Zeit liegt auch ein Bericht bei der Stadtverwaltung vor, welcher uns von der GPFK noch nicht vorliegt. Seitens Martin Stücheli wurde uns aber zugesichert, dass wir (GPFK) noch dieses Jahr orientiert werden. Anschliessend werden wir schauen, wie wir mit dem Thema Entsorgung weiterfahren werden.

8 Volkswirtschaft

Keine Wortmeldungen.

9 Finanzen, Steuern

9630.4430.00 / Pacht und Mietzinse FV

GPFK-Präsident Beat Hiller: Im Parterre des alten Amtshauses war früher Ruth Steiner mit der lokalen Redaktion der AZ. Sie musste jedoch dann aufgrund des Entscheids der Chefetage diese Räumlichkeit räumen. Dieser Raum steht nun frei. Er wird ab und zu für Trauungen benutzt. Der Stadtrat vertritt im Moment die Haltung, diesen Raum vorerst nicht mehr zu vermieten, damit er für Trauungen gebraucht werden kann und somit den Mietern nicht immer mitgeteilt werden muss, dass sie ihren Platz räumen müssen.

10 Erfolgsrechnung Artengliederung

Keine Wortmeldungen.

11 Investitionsrechnung

0223.5060.03 NAS (Network Attached Storage)

GPFK-Präsident Beat Hiller: Uns scheinen die Fr. 180'000.– etwas hoch. Wir werden jedoch dann bei der Umsetzung sehen, ob dieser Betrag zu hoch ist.

7201.5030.05 / Kanalisation UFA-Areal

GPFK-Präsident Beat Hiller: Die GPFK hat einstimmig an der letzten Sitzung beschlossen, diesen Verpflichtungskredit aus der Investitionsrechnung zu streichen, da er verjährt ist.

12 Kreditkontrolle

Keine Wortmeldungen.

GPFK-Präsident Beat Hiller: Die GPFK hat einstimmig dem Budget zugestimmt und empfiehlt dem Einwohnerrat das Budget 2019 zu genehmigen.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Wenn niemand das Wort wünscht und keine offenen Fragen sind, hätten wir die Details zum Budget 2019 fertig beraten und kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 22. August 2018 wird

b e s c h l o s s e n :

Das Budget der Einwohnergemeinde für das Jahr 2019 wird genehmigt und der Steuerfuss auf 105 % (wie bisher) festgesetzt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 4 lit. c der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum. Die Volksabstimmung findet am 25. November 2018 statt.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Am Schluss dieses Traktandums immer eine wichtige Sache im Jahr für den Einwohnerrat: Ich danke im Namen von uns allen, all denjenigen, welche sehr viel Arbeit für dieses umfangreiche Werk investiert haben. Dafür benötigt man immer viel Zeit und Übersicht. Danke vielmals. Gesunde Finanzen sind nämlich ein wichtiges Fundament für unsere Stadt. Auch einen grossen Dank an den Präsidenten der GPFK und Sprecher, Beat Hiller, welcher heute Abend eine zentrale Rolle übernommen hat

5 Aufgaben- und Finanzplanung 2019 bis 2023; Kenntnisnahme

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Den Aufgaben- und Finanzplan nehmen wir lediglich zur Kenntnis, d.h. eine Abstimmung entfällt. Ich übergebe das Wort dem GPFK-Präsidenten, Beat Hiller.

GPFK-Präsident Beat Hiller: Der Aufgaben- und Finanzplan ist immer eine Darstellung, was die Stadt vorhat, wie viel Steuern sie einnehmen kann usw. Dies ist natürlich auch abhängig von den Legislaturzielen und der Legislaturplanung. Uns von der GPFK sind die aufgeführten Zahlen plausibel, und die Begründungen sind nachvollziehbar. Es ist ein durchgängiger und transparenter Aufgaben- und Finanzplan. Wie schon bereits beim Budget erwähnt, gilt es hier noch vermehrt, die Annahme seitens Fiskalertrag kritisch zu betrachten. Die Steuern fließen, wenn es weiterhin so läuft. Der Stadtrat muss die Entwicklung der Steuereinnahmen relativ zeitnah anpassen resp. zuerst überwachen und dann entsprechend anpassen, um so diese Zahl im Griff zu haben.

Bei den Einnahmen haben wir uns – wie auch schon darüber diskutiert – intensiver mit den Dividenden unserer Firma SWL auseinandergesetzt. Wie beim Budget erwähnt, basiert diese im Moment hauptsächlich auf der Sparte Gas. Es wurde aber auch von Fränzi Möhl zugesichert, dass die SWL versucht, neue Märkte ausfindig zu machen, damit die SWL weiterhin erfolgreich arbeiten kann. Erfolgreich heisst, einen entsprechenden Gewinn auszuweisen, um diesen dann auch wieder – zumindest teilweise – in unsere Stadtkasse einfließen zu lassen. Im Aufgaben- und Finanzplan ist ein permanenter Betrag in der Grössenordnung dieser 1,8 Mio. Franken vorgesehen. Es wäre natürlich schön, wenn dieser noch etwas grösser würde. Auf der anderen Seite ist die Nettoschuld 1 pro Einwohner zu betrachten. Es ist sehr gut ersichtlich, wie diese steigt. Dies hängt natürlich mit den geplanten Investitionen zusammen. Darauf kommen wir bei den einzelnen Projekten nochmals zurück. Wir geben jedes Jahr mehr Geld aus und somit haben wir am Ende eine Nettoschuld, welche doch um einiges höher ist als heute. Das Ziel, die Schulden zu stabilisieren oder sogar abzubauen, gelingt uns in dieser Periode gemäss Aufgaben- und Finanzplan nicht. Der Stadtrat ist aber gewillt, dies weiterhin mit 105 Steuerprozenten zu bewältigen.

Ich möchte nicht auf jedes einzelne Projekt eingehen. Es hat aber doch einige, welche uns in Auge stechen. Neuhofkreuzung: Diese begleitet uns noch bis ins Jahr 2021 und wird uns weiterhin Geld kosten. Andere laufende Projekte können wir alle im 2019 abschliessen. D.h. wir haben nur noch ein laufendes Projekt, welches uns noch etwas länger belastet. Einen leider etwas grossen Betrag, aber dazu haben wir Ja gesagt.

Bei den geplanten Projekten sieht es etwas anders aus. Diese können wir teilweise noch beeinflussen, indem wir den Ausführungszeitpunkt bestimmen. Auf das Thema Tagesstrukturen werden wir wahrscheinlich beim nächsten Geschäft nochmals eingehen. Irgendwo, ob Bleiche oder anderswo, müssen wir Geld für die Tagesstrukturen ausgeben. Die Sanierung des Rathausdachs und Tommasini müssen auch gemacht werden und können nicht weit nach hinten geschoben werden. Diese Investitionen werden wir tätigen müssen. Mit dem Verwaltungszentrum werden wir uns nächstes Jahr konzeptionell auseinandersetzen, und dies wird irgendwann unsere Kasse spürbar zur Kenntnis nehmen müssen. Ob dies dann im 2023 abgeschlossen ist, sei dahingestellt. Es liegt dann an uns (Einwohnerrat), wie wir den weiteren Verlauf dieses Geschäfts beeinflussen. Werkhof: Hier werden wir uns früher damit beschäftigen müssen, da aktuell keine zufriedenstellende Situation herrscht. Der Verkauf des Bezirksgebäudes und des Försterhauses hängt natürlich sehr stark davon ab, wie die Entwicklung des Verwaltungszentrums läuft.

Strassenprojekte: Die Situation der Ammerswilerstrasse ist nicht zufriedenstellend. Diese muss gemacht werden und kann nicht hinausgeschoben werden. Sanierung/Umgestaltung Bahnhofstrasse: Ich bin der Meinung, hier noch etwas zuzuwarten bis die BNO-Revision verabschiedet ist und wir eine gute Lösung gefunden haben. Ich bin sicher, dass wir im Einwohnerrat dies entsprechend thematisieren und beeinflussen können. Freiämterplatz: Dies ist eine Kantonsstrasse, und wir haben keinen Einfluss. Den Betrag müssen wir zur Kenntnis nehmen und zahlen. Er ist zwar höher ausgefallen, als ursprünglich gedacht. Die Gesamtprojektkosten des Kantons liegen bei über 20 Mio. Franken, und im Aufgaben- und Finanzplan ist der Betrag aufgeführt, welchen wir bezahlen müssen. Weiter haben wir noch zwei Projekte, welche etwas später geplant, aber politisch brisant sind. Ich vermute, der eine oder andere hier wird sich auch noch dazu äussern: Zum einen die Verlängerung Ringstrasse Nord und zum andern die Spange Seonerstrasse. Diese Projekte müssen wir mit Bedacht angehen, weil es beides Projekte sind, welche Einfluss auf die Grünraumgestaltung haben. Wir werden als Einwohnerrat bei den erwähnten Geschäften entsprechend Stellung nehmen können. Thema Bahnhofplatz: Diese Geschichte wird bei der SBB geschrieben und, wenn es dann einmal soweit ist, werden wir sie bezahlen müssen.

Grundsätzlich alle Projekte, welche im Aufgaben- und Finanzplan sind – bis auf ein paar wenige – sind Projekte, welche in den nächsten Jahren realisieren müssen, somit ist auch die Nettoverschuldung nicht einfach nur so auf dem Papier festgeschrieben, sondern wird kommen. Wir müssen aufpassen, dass sie nicht grösser wird. Der Stadtrat und wir alle sind hier gefordert, dass wir diese Entwicklung im Griff haben.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Beat Hiller. Die Diskussion ist offen, wem darf ich das Wort geben?

Marcel Spörri (EVP): Wir dürfen den Finanzplan 2019 bis 2023 zur Kenntnis nehmen. Die Bemühungen des Stadtrats mit den Finanzen der Stadt vernünftig umzugehen und trotz allem Investitionen zu tätigen, ist deutlich sichtbar. Dass die Schärfe mit jedem weiter entfernt liegenden Planjahr abnimmt, liegt in der Natur der Planung. Aus diesem Grunde finde ich die Zahlen 2023 noch nicht sehr bedrohlich. In vier Jahren kann sich sehr viel verändern. Gehen wir zurück zum Finanzplan 2014 bis 2018, in welchem vorausgesagt worden ist, dass wir eine Einwohnerzahl von 9'300 hätten, effektiv wir jedoch fast 10'700 haben. Laut diesem Finanzplan hätten wir das Ferienhaus Samedan verkauft; Stand heute, wir haben es gehört, es wird in der Liegenschaftsstrategie behandelt. Der Bahnhofplatz wäre 2017 fertiggestellt gewesen. Auch diese Geschichte kennen wir, davon sind wir noch weit entfernt. Ein Blick auf die geplanten Projekte zeigt auf, dass hier auch einiges an Diskussionen geführt werden muss. Die Spange Süd ist immer noch aufgeführt, Totalkosten von 4,6 Mio. Franken. Ein Nutzen der 4,6 Mio. Franken sehe ich persönlich nicht. Ich denke, hier wäre eine ernsthafte Diskussion angebracht.

Ein weiterer Betrag von 2 Mio. Franken ist mit der Bemerkung "Anteil SBB Infrastruktur" eingestellt. Hier habe ich noch einige Fragen. Zum Beispiel: Seit wann wir die Infrastruktur der SBB mitfinanzieren? Weiter ist mir ein Betrag von Fr. 400'000.– aufgefallen. Dieser ist für die Planung "Standort und Machbarkeit Verwaltungszentrum" eingesetzt. So viele verschiedene Standorte in der Stadt kann es ja überhaupt nicht geben, dass hier ein Planer für mehrere Jahre für die Stadt arbeiten muss, um diesen Betrag zu rechtfertigen. Für den Mehrzweckstreifen Aarauerstrasse sind netto Fr. 600'000.– eingeplant. Ein hoher Betrag, von welchem vor allem Staufen profitieren wird (Steuersenkung Staufen, aber wir zahlen, passt nicht ganz).

Wir sprechen hier von 7,6 Mio. Franken mit diesen erwähnten vier Projekten. Ein möglicher Verkauf des Ferienhauses Samedan ist noch nicht eingerechnet. Je nach Entwicklung sieht der Selbstfinanzierungsgrad wieder anders aus, nämlich viel positiver.

Lobenswert ist auch, dass der Stadtrat die geplanten Projekte mit 100 % einkalkuliert (andere Städte rechnen nur 80 % ein). So entstehen selbstverständlich grössere Schwankungen, dafür sind die Zahlen ehrlich. Der Stadtrat möchte die grossen Projekte der kommenden Jahre ohne Steuerfusserhöhung stemmen. Dass eine höhere Verschuldung in Kauf genommen wird, können wir verantworten. Ob die Schulden tatsächlich so stark ansteigen, wie es im 2023 aufgeführt ist, wage ich heute zu bezweifeln. Wir haben in den letzten Jahren regelmässig von besseren Zahlen Kenntnis nehmen können, und ich bin auch dieses Mal optimistisch.

Adrian Höhn (GLP): Ich möchte nur auf ein Geschäft des Aufgaben- und Finanzplans eingehen und zwar auf das Geschäft Ringstrasse Nord.

Wollen wir wirklich 3,7 Mio. Franken für die Verlängerung der Ringstrasse Nord ausgeben?

- 3,7 Mio. Franken für 40 – 65 % mehr Verkehr auf der gesamten Ringstrasse gemäss KGV;
- 3,7 Mio. Franken für eine Strasse, welche im Jahr 2035 mehr Verkehr haben wird als die Aarauerstrasse;
- 3,7 Mio. Franken für eine Strasse, welche eine 10 %-tige Wertminderung der Gebäude an der Ringstrasse bewirkt, wegen zusätzlicher Lärmbelastung;
- 3,7 Mio. Franken für eine Strasse, bei welcher rund ein Drittel von Lenzburg mit mehr Verkehr belastet wird;
- 3,7 Mio. Franken für eine Strasse, welche vor allem dem Durchgangsverkehr für angrenzende Gemeinden dient, eine faktische Kantonsstrasse, welche voll zu unseren Lasten geht;
- 3,7 Mio. Franken für eine Durchgangsstrasse, welche von Schul- und Kindergartenkinder überquert werden muss;
- 3,7 Mio. Franken für einen Schleichweg zur Autobahn;
- 3,7 Mio. Franken für ein Projekt, welches bereits am 24. Januar 1980 im Einwohnerrat behandelt wurde und 3,7 Mio. Franken für ein Projekt, welches am 8. Juni 1980 an der Urne mit der genau gleichen Strassenführung inkl. der Brücke über den Aabach abgelehnt wurde mit genau 1'129 Nein zu 664 Ja-Stimmen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, auch wenn der Einwohnerrat das Projekt annimmt, ich glaube – und dies ist meine persönliche Meinung – dem Volk sollte nochmals die Chance gegeben werden, über das Projekt zu bestimmen.

Remo Keller (SP): Ich freue mich immer, wenn ich das Couvert für die Budgetsitzung erhalte, nämlich genau wegen des Aufgaben- und Finanzplans. Ich finde dies, über das ganze Jahr hinweg gesehen, eines der spannendsten Papiere, welche wir erhalten, obwohl wir nicht einmal darüber abstimmen können. Es bietet immer wieder, auch wenn es jedes Jahr das Gleiche ist, ein ganz neues Bild und viel Spannendes. Man konnte es lesen, und man sieht es auch: Es wurde dem Leitbild und den Legislaturzielen, welche man uns das letzte Mal vorgestellt hatte, angepasst.

Vorhin war einmal von "Fake News" die Rede. Ich habe es etwas anders gemacht, aber auch mit einem guten Sprichwort: "No news are good news". Wenn man bei Google eingibt "Finanzplan Lenzburg 2018" und dann noch "Aargauer Zeitung", dann kommen keine Berichte. Ersetzt man Lenzburg mit Wohlen, sieht man einen Bericht vom 13.9.2018: "Der Steuerfuss wird um 5 % erhöht." Eine weitere Schlagzeile vom 14.9.2018: "In den nächsten zehn Jahren 134 Mio. Franken Investitionen sind im Finanzplan aufgeführt." Am 15.9.2018 die nächste Schlagzeile: "Investitionsbedarf bis 2027 beträgt 135 Mio. Franken." Woher diese 1 Mio. Franken mehr kommt, ist mir rätselhaft aber dies ist ein anderes Detail. Was sicherlich auch wichtig ist: "Die Verschuldung bis 2023/2025 steigt um mehr als 100 Mio. Franken." Dies sind Zahlen, von welchen wir hier in Lenzburg weit entfernt sind.

Stellt man es einmal in diesen Kontext, dann haben wir ein sehr positives Ergebnis. Nichtsdestotrotz gibt es Einiges, was uns nachdenklich stimmt. Das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit, bei welchem wir gerade mal so rauskommen, ist über die nächsten Jahre hinweg gesehen negativ. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt über die ganze Periode gerechnet bei 81 %. Nicht ganz 100 %, was man ja eigentlich anstrebt, aber wie gesagt, verglichen mit anderen Orten noch nicht dramatisch. Die Nettoschulden steigen ein wenig. Aber, wenn man es wiederum im Verhältnis zu den Investitionen setzt und auch betrachtet, was man unter dem Strich für das Geld erhält, ist dies durchaus vertretbar.

Wie vorhin bereits angesprochen, es ist eine rollende Planung. Je weiter nach vorne man schaut, desto unsicherer sind die ganzen Faktoren, und es wird sich noch vieles verändern. Alles in allem haben wir aber das Gefühl, dass der Stadtrat dieses Papier wieder mit Weitsicht und auf einer soliden Basis erarbeitet hat. Dafür möchten wir danken. Bei den detaillierten Projekten sind uns und zum Teil auch mir einige Fragliche aufgefallen. Auch wir sehen Sparpotential: Spange Süd sicherlich ein grosser Betrag, welchen wir noch nicht ausgegeben sehen; eher das Gegenteil. Verlängerung Ringstrasse West sicher auch ein Thema, welchem wir eher kritisch gegenüberstehen. Es gibt aber auch Einiges, was wir gerne früher hätten wie z.B. den Bahnhofplatz. Darüber muss man jedoch auch nicht gross sprechen. Wiederum sind andere Sachen sehr amüsant zu verfolgen, wie sie sich entwickeln: Die Sanierung des Rathauses. Hier muss man nicht nur vier Jahre zurückgehen, man kann sogar acht Jahre oder zwölf Jahre. Man findet diese Sanierung immer ungefähr am Ende der Planperiode. Dies ist ein Dauerbrenner, welcher rutscht. Beat, du hast vorhin erwähnt diese Sanierung sei nötig, es scheint so, dass diese nicht so nötig sei. Spätestens aber dann, wenn es reinregnet, müssen wir handeln. Etwas Anderes, was mich zum Schmunzeln brachte: Beim Werkhof (15 Mio. Franken) steht "Areal-Ausau". Ich habe mir lange überlegt, wo man den Werkhof hin verlegen möchte und wo der neue Flurname Ausau sein könnte, hat mir nichts gesagt, bis ich merkte, dass es eigentlich "Hausbau" oder "Ausbau" heissen soll und der Werkhof dort bleibt, wo er heute ist. Das Verwaltungsgebäude, welches Synergien bringen soll, erachten wir grundsätzlich auch als eine gute Idee, ebenso dass man beginnt, darüber nachzudenken und zu planen. Natürlich auch mit dem Hinweis, dass wir froh wären, wenn es nicht ganz so viel kosten würde, wie eingestellt wurde.

Übrigens, meine Recherche bei Google hat noch etwas Anderes ergeben. Was noch spannend ist, ist ein Klick auf Aufgaben- und Finanzplan des Kantons an. Dieses Dokument ist etwas umfangreicher und enthält 310 Seiten. Dreimal so viel wie das Budget, welches wir vorhin behandelt haben. Ich denke, wenn wir dies auch in diesem Umfang machen würden, bräuchten wir auch bei der Abteilung Finanzen mindestens eine Stelle mehr. Wir denken aber, dass es ein hilfreiches Mittel für den Stadtrat ist in einem guten Ausmass und dafür danken wir.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Remo Keller. Wem darf ich weiter das Wort geben? Wenn dieses nicht gewünscht wird, dann können wir die Diskussion schliessen. Vielen Dank für die engagierten Wortmeldungen. Wie bereits erwähnt, gibt es hier keine Abstimmung. Die Aufgaben- und Finanzplanung 2019 - 2023 wird aufmerksam zur Kenntnis genommen.

6 Bleiche; Gebäudesanierung im Bereich Wasserrad; Verpflichtungskredit

Sprecher der GPFK ist François Kuhlen (FDP): Wir sprechen bei der Gebäudesanierung im Bereich Wasserrad über ein Projekt des Vereins Industriekultur am Aabach.

In einem entsprechenden Prospekt des Vereins, auf welchem ich leider das Datum nicht gesehen habe, aber der vermutlich Ende 2016 erstellt wurde, wurde das Projekt seinen Mitgliedern vorgestellt. Der Grobplan enthält einen ersten Meilenstein, welcher per Mitte 2017 eine Kostenschätzung und Machbarkeit vorsieht; in einem zweiten Meilenstein den Projektentscheid per 22.12.2017, dann die Realisierung und im Herbst 2018 (September/Oktober), die Einweihung des Wasserrads mit dem Ausstellungsraum. Damals lag die Kostenrechnung bei Fr. 350'000.–. Erwähnt wird auch, dass eine Kostenteilung zwischen Stadt und dem Verein Industriekultur am Aabach geregelt werden muss. Dies hat in diesem Sinn 1 ½ Jahre auf sich warten lassen. Das Wasserrad befindet sich in einem Gebäude am Aabach, darum ist es auch ein Wasserrad. Das Gebäude gehört der Einwohnergemeinde. Bis Ende des Monats ist das Gebäude vermietet. Hierzu einige Fakten not Fakes: Eine Neuvermietung ist nicht geplant. Es ist angedacht, dass mittelfristig das Gebäude Bleicherain 4 für die Tagesstrukturen umzunutzen. Über Jahre oder sogar Jahrzehnte wurde an dem Gebäude keine Investition getätigt, praktisch kein Unterhalt. Es befindet sich in einem sehr schlechten baulichen Zustand. Mit seiner Lage direkt am Aabach wird die Instandstellung oder die Sanierung des Gebäudes mit oder ohne Umnutzung sehr anspruchsvoll und somit wahrscheinlich recht teuer. Nur von Unterhaltsarbeiten zu sprechen – wie in der Vorlage – scheint mir untertrieben. Diesbezügliche Kostenschätzungen sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorhanden. Ohne den Teufel an die Wand malen zu wollen, besteht natürlich durchaus die Möglichkeit, dass eine Machbarkeitsstudie sehr hohe Kosten aufweist und dass eine Unterbringung einer Tagesstruktur nicht gerechtfertigt sein könnte und eine andere Lösung gefunden werden muss. Soweit zu den Fakten oder Annahmen.

Um das Gebäude Bleicherain 4 für die Nutzung durch die Tagesstrukturen zu ertüchtigen, wurden in der neusten Finanzplanung im nächsten und übernächsten Jahr jeweils Fr. 500'000.– eingestellt. Unter diesem Gesichtspunkt und vor allem auch unter diesem Zeitplan ist es für die GPFK nicht nachvollziehbar, wieso eine Sanierung des Ausstellungsraums getrennt wird und um höchstens ein oder zwei Jahre vorgezogen werden muss. Zwei Bauvorhaben bedingen zwei Planungen, zwei übrigens – wie mir Baufachleute versichert haben – mit nicht einfachen Baustelleneinrichtungen. Und dies führt unweigerlich zu Mehrkosten für die Einwohnergemeinde. Gegen eine Zusammenlegung dieser beiden Bauvorhaben (Sanierung Ausstellungsraum und des Gesamtgebäudes) wurde argumentiert, dass Sponsoren wie die Hypothekarbank oder die Berufsschule abspringen könnten und Swisslos die in Aussicht gestellten Gelder nicht mehr zur Verfügung stellen könnte. Wir von der GPFK betrachten dies aber als eher unwahrscheinlich. Grossmehrheitlich anerkennt und schätzt die GPFK den historischen Wert der Bleiche und begrüsst die Bestrebungen des Vereins Industriekultur am Aabach, das Wasserrad mit einer sachgerechten Restauration zu erhalten. Dies müsste aber in einem Gesamtkonzept Sanierung Bleiche erfolgen, wo man dannzumal, d.h. wenn es vorliegt, auch gerne das Gebäude gesamthaft prüfen würde. Folglich betrachtet die GPFK ebenso grossmehrheitlich die Sanierung des Ausstellungsraums, losgelöst von der Instandstellung des Gesamtgebäudes Bleicherain 4 als nicht sinnvoll.

Die GPFK empfiehlt mit 7 gegen 1 Stimme das Projekt Wasserrad in der vorliegenden Form abzulehnen. Wir haben es auch in der Fraktion der FDP intensiv diskutiert, und auch die FDP lehnt das Projekt Wasserrad in der heutigen Form ab. Sie ist aber bereit, eine entsprechende Gesamtsanierung oder ein Gesamtsanierungsprojekt Bleicherain 4 mit Wasserrad wohlwollend zu prüfen.

Einwohnerratspräsidentin, Brigitte Vogel: Danke, François Kuhlen. Die Diskussion ist eröffnet. Wem darf ich das Wort erteilen?

Chantal Toker (GLP): Ich kann den Wunsch nach einem Gesamtkonzept bei der Renovierung der Bleiche verstehen, und ich hätte es selber auch begrüsst, wenn alles in einer Vorlage vorgelegt worden wäre, auch mit dem Ausbau für die Tagesstrukturen. Die baulichen Massnahmen, welche jetzt aber eingeplant sind im Bereich Wasserrad, sind nicht so massiv, dass sie den weiteren Sanierungsplan gross einschränken würden. Der Verein Industriekultur am Aabach hat schon sehr viel Arbeit geleistet und konnte bereits viele Sponsoren gewinnen. Dies ist vorbildlich und nicht selbstverständlich. So viel ich weiss, befürworten alle Parteien eine Aufwertung des Aabachgebiets, und die Industriekultur gilt es zu erhalten. Wir haben die Chance beim Tommasini bereits einmal verpasst, und jedes Mal, wenn ich vor dem zugeschütteten Teich stehe, denke ich mir, dies ist wirklich ein trauriger Anblick. Es geht hier um Fr. 175'000.–. Ich habe Bedenken, dass – wenn man wartet, bis die Gesamtsanierung ansteht – erstens einige Jahre vergehen und zweitens dann eine ganz andere Summe in

einer viel grösseren Dimension gefragt ist. Ich befürchte, dass dann der Kulturteil der Finanzoptimierung zum Opfer fallen wird. Aus diesem Grunde plädiere ich für eine Annahme dieses Antrags.

Adriano Picco (SVP): Wir von der SVP-Fraktion stehen eigentlich grossmehrheitlich hinter diesem Projekt, haben aber wie die FDP und GPFK unsere Bedenken, was den zeitlichen Plan anbelangt. Aus diesem Grund stellen wir einen Rückweisungsantrag, damit wir das Projekt nicht ablehnen müssen, sondern dass wir das Projekt zurückweisen und zu einem späteren Zeitpunkt die Sanierung des Wasserrads, bei der wir wie gesagt, grossmehrheitlich dahinterstehen, im Rahmen der Gesamtsanierung der Bleiche nochmals beurteilen können. An dieser Stelle möchte ich auch den beiden Sponsoren danken, welche sich bereit erklärt haben, einen Betrag zu sprechen. Wir sind der Meinung, dass dies kein Grund ist, um abzuspringen. Aus diesem Grunde auch eine Rückweisung und keine Ablehnung, weil wir nicht Nein zum Projekt sagen, sondern wir sagen Nein zum Zeitpunkt.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Wir haben ein Rückweisungsantrag erhalten und werden nun nur noch über diesen diskutieren. Möchte jemand das Wort zum Rückweisungsantrag? Das Wort wünscht Vereinspräsident Martin Stücheli.

Martin Stücheli (als Vereinspräsident): Ich habe in dieser Funktion zwei Hüte auf. Auf der einen Seite die Funktion als Stadtrat und auf der anderen Seite bin ich Präsident des Vereins Industriekultur am Aabach. Nach diesen positiven Voten zum Projekt bin ich zuversichtlich, dass das Rad eine gute Zukunft haben wird. Den Wunsch nach einem Gesamtprojekt kann ich nachvollziehen, obwohl wir im Vorfeld auch mit dem Bauamt geschaut haben, wie diese beiden Projekte parallel laufen können. Aber, als Vereinspräsident des Industriekulturvereins am Aabach, liegt es mir natürlich sehr am Herzen, dass wir in einer guten Abstimmung mit der Stadt, das Projekt realisieren können. Wir würden aus diesem Grund von Seiten Industriekulturverein das Projekt und den Antrag für die Vorlage zurückziehen und würden zustimmen, wenn dies nachher Bestandteil einer neuen Gesamtvorlage Bleiche würde. Als Verein würden wir auch alles daransetzen, dass wir die zugesicherten Sponsorengelder sichern könnten. Wir würden mit Swisslos Kontakt aufnehmen, um den zugesicherten Betrag weiter für diesen Zweck verwenden zu können. Es besteht bereits ein bewilligtes Baugesuch zu diesem Projekt. Es ist ein Baugesuch, welches vom Kanton bewilligt werden musste, da es das Wasser betrifft, und dies ist eine nicht ganz so einfache Angelegenheit, das Gesuch bewilligt zu bekommen. Auch hier wären wir bemüht, das Verfalldatum dieses Baugesuchs nicht ablaufen zu lassen. Ich danke allen herzlich für die positiven Wortmeldungen und auch für das Interesse, welches kund getan wird für den Industriekulturverein. Ich bin überzeugt,

wenn dies realisiert werden kann, gibt es am Schluss für das sogenannte Kleinvenedig ein sehr gutes Bild. Es werden sicherlich nicht nur ihr Ratsmitglieder, sondern auch Personen aus der Bevölkerung aus nah und fern sich erfreuen können an einem solchen Kulturgut.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke Martin Stücheli, Wir werden eine fünfminütige Pause einlegen. Einerseits um die ganze Situation betreffend Wasserrad zu klären und andererseits noch zum Wasser "lösen".

In der Zwischenzeit hat der Stadtrat die Köpfe "zusammengesteckt" und das weitere Vorgehen beschlossen. Ich übergebe das Wort an Stadtmann Daniel Mosimann.

Daniel Mosimann (Stadtmann): Wir haben, wie die Fraktionen, die Köpfe "zusammengesteckt". Wir spüren für das Wasserrad grundsätzlich eine wohlwollende Haltung, jedoch nicht im jetzigen Moment. Ausschlaggebend ist sicherlich auch das Votum des Vereinspräsidenten, Martin Stücheli, welcher sagt, dass es möglich und auch für den Verein vertretbar ist, das Wasserrad im Rahmen einer Gesamtbetrachtung des Gebäudes wieder ins Auge zu fassen. Aus diesem Grunde zieht der Stadtrat diese Vorlage zurück und wird den Einwohnerrat mit einem Gesamtkonzept in nächster Zeit bedienen. Wir werden auch aufzeigen, wie wir mit den Tagesstrukturen in diesem Gebäude umgehen möchten. Aus diesem Grund ziehen wir zu Gunsten einer Gesamtkonzeption die Vorlage zurückziehen.

[Die Mitglieder des Einwohnerrats sind mit diesem Vorgehen einverstanden.]

7 Sanierung Niederlenzer Kirchweg (Abschnitt Süd); Kreditabrechnung

GPFK-Sprecher ist Franck Robin (SP): Der Kredit schliesst mit Kosten von Fr. 1'544'432.50 für einen Verpflichtungskredit von Fr. 1'550'000.–. Dies sind ungefähr Fr. 5'550.– Unterschreitung oder 0,36 %. François Kühlen und ich haben die Kreditabrechnung geprüft, und alle Belege sind korrekt gebucht. Bei der Prüfung ist uns nichts Auffälliges aufgefallen. Wir hatten nur eine Frage an

den Stadtrat in Bezug auf den behindertengerechten Einstieg bei der Buskante. Die Frage war, warum die Kosten als unvorhergesehen bezeichnet wurden. Aus unserer Sicht müsste/sollte eine behindertengerechte Buskante heutzutage nichts Unvorhergesehenes mehr sein. Vielmehr sollte dies ein selbstverständlicher Bestandteil eines solchen Projekts sein. Zur Begründung des Stadtrats werde ich euch, in Anbetracht der bereits fortgeschrittenen Zeit, Details ersparen. Es geht aber grundsätzlich darum, dass andere Steine verwendet wurden als geplant. Warum schlussendlich dies unvorhergesehen war, ist mir nach wie vor nicht ganz klar. In der GPFK war die Kreditabrechnung unbestritten. Wir empfehlen, diese einstimmig zu genehmigen. Die SP-Fraktion wird der Kreditabrechnung auch zustimmen.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Franck Robin. Die Diskussion ist eröffnet, wem darf ich das Wort erteilen? Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 8. August 2018 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung für die Sanierung des Niederlenzer Kirchwegs (Abschnitt Süd), schliessend mit Aufwendungen von Fr. 1'544'432.50.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 5. November 2018 ab.

8 Anfrage der SP betreffend Plastik-Sammelstelle vom 28. Juni 2018; Beantwortung des Stadtrats

Martin Stücheli (Stadtrat): Am 28. Juni 2018 reichte die SP-Einwohnerratsfraktion Fragen zum Thema Plastik-Sammelstelle in Lenzburg ein.

Allgemeines

Die Thematik wurde im Stadtbauamt schon verschiedentlich diskutiert. Dabei wurden die engen Platzverhältnisse im Werkhof wie auch die Meinungen von Swiss Recycling und die Empfehlung des Bundesamts für Umwelt berücksichtigt, welche beide die heutigen Angebote mit grosser Skepsis beurteilen. Ebenso ist der Umgang mit den verschiedenen Sacksystemen nicht einfach.

In der Stadt Lenzburg sowie in den angrenzenden Gemeinden ist für die Kunststoffabfallsammlung das Sacksystem der Transport AG, Aarau (entsorgBar), weit verbreitet. Die Säcke (60 und 110 Liter) werden in Lenzburg am Schalter der Post und bei der Häfeli AG an der Hardstrasse verkauft. Der Sack ist vorfinanziert und kann gefüllt gratis abgegeben werden. Die Transport AG, Aarau, ist auch Partner der Bausort AG in Hunzenschwil. Mit diesen Partnern sind kurze Transportwege möglich, und die Entsorgung kann umweltgerecht vorgenommen werden.

Über diese Lösung wurde auch Karin Bertschi vom Recycling Paradies informiert, welche der Stadt ebenfalls ein Angebot (Aufstellen einer Mulde) gemacht hatte. Damit hat sich diese Anfrage für Karin Bertschi (vgl. auch AZ vom 28. Juni 2018) erledigt.

Der Stadtrat beantwortet die Fragen wie folgt:

Frage 1: Ist es möglich, auf dem Gemeindegebiet Lenzburg eine Annahmestelle für Plastikabfall zu erstellen, z.B. im Werkhofareal bei der bestehenden Entsorgungsanlage?

Ja, das Stadtbauamt wird auf dem Areal einen kleinen Platz ausscheiden, auf dem ein Gitterverschlag für die Lagerung der Sammelsäcke errichtet werden kann. Da der Forstwerkhof inklusive der Lagerplätze vorübergehend ins ehemalige Zeughausareal ausgelagert wird, ist wieder Platz vorhanden.

Die wöchentlichen Abholungen erfolgen durch die Transport AG Aarau und werden durch die Bausort AG in Hunzenschwil organisiert. Mit der wöchentlichen Abholung kann auch die erforderliche Lagerfläche im Werkhof klein gehalten werden.

Durch das neue Sammelangebot entstehen der Stadt keine direkten Kosten.

Das neue Angebot kann kurzfristig eingerichtet und eingeführt werden. Die Bevölkerung wird mit dem Sammelkalender 2019, der Internetseite der Stadt und dem Lenzburger Bezirksanzeiger über das neue Sammelangebot informiert.

Frage 2: Wie wir wissen, ändert sich über kurz oder lang die Situation bei der Entsorgungsstelle im Werkhofareal. Kann die Stadt bei einer allfälligen Neukonzipierung der Entsorgungsanlage den Plastikabfall miteinbeziehen?

Ja, das Stadtbauamt wird die Plastik-Sammlung auch bei einer künftigen Neuausrichtung der Sammelstelle Werkhof miteinbeziehen.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Martin Stücheli und den Verantwortlichen für dieses kurze Statement. Wünscht die SP noch das Wort?

Beatrice Taubert (SP): Im Namen der SP möchte ich mich beim Stadtrat für die positive Beantwortung herzlich bedanken. Wir freuen uns sehr, dass man im Werkhof noch ein Plätzchen gefunden hat, um den Plastik zu sammeln. Vielleicht findet man ja bei der Neuorganisation der Entsorgung auch noch ein Plätzchen für Styropor. Merci.

9 Umfrage

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Wir kommen zu Punkt 9 der Tagesordnung, nämlich zur Umfrage. Wird das Wort gewünscht?

Aufwertung öffentlicher Grünplätze

Bettina Hänny (CVP): Wir haben eine kurze Anfrage an Martin Stücheli. Wir sind erfreut an der Planung und Ausführung der Aufwertung öffentlicher Grünplätze in Lenzburg. Wir möchten nachfragen, wann und wie eine weitere Aufwertung stattfinden wird und wo und wann neue Grünflächen geschaffen werden. Aufgrund der immer heisseren Sommer wird eine ausreichende Beschattung sich in Zukunft als Herausforderung darstellen. Es ist auch bekannt, dass durch die Klimaerwärmung der Sommer immer heisser und länger wird, und es ist auch im Sommer an betonlastigen Orten in Lenzburg manchmal eine Qual, im Freien zu sein. Unsere Frage:

Hat der Stadtrat das Problem erkannt und wird er dementsprechend agieren?

Martin Stücheli (Stadtrat): Ich habe die Anfrage vorab erhalten, herzlichen Dank Bettina. Ich hatte Zeit, mit Christian Brenner, Leiter Abteilung Tiefbau, dies anzuschauen. Nun ist es so: Das Problem haben wir erkannt. Man hatte es letzten Samstag im Lenz gesehen, wo man Grünflächen doch etwas vermisst hat. Es gibt aber auch noch andere Orte in der Stadt, bei welchen Nachholbedarf und Optimierungsbedarf angesagt ist. Es wird geprüft, einiges ist bereits im Gange und, sobald konkret etwas mitgeteilt werden kann, werden wir wieder informieren.

Vorlage Stellenerhöhung Soziale Dienste

Andreas Schmid (Stadtrat): Es ist mir ein Anliegen, noch ein herzliches Dankeschön auszurichten. Ich danke für die vertiefte und sachliche Auseinandersetzung mit unserer Vorlage im Zusammenhang unserer Stellenerhöhung bei den Sozialen Diensten. Ich danke zweitens für die positiven Rückmeldungen, welche wir zu unserer Vorlage erhalten haben, und ich danke vor allem drittens für die einstimmige Zustimmung zu unserer Vorlage zur Stellenerhöhung um 295 Stellenprozente. Es freut mich, dass unsere Botschaft bei euch richtig verstanden wurde und ihr den Handlungsbedarf erkannt habt. Ich bin überzeugt, dass mit dieser einstimmigen Zusicherung die Motivation bei den Mitarbeitenden in den Sozialen Diensten und bei allen, welche involviert sind, sehr hoch ist, um mit Vollgas an die Arbeit zu gehen und die angekündigten Veränderungen, welche wir erwähnt hatten, umzusetzen und jetzt anzupacken. Ich kann aber sagen, dass die grössten "Brocken" bereits initialisiert sind. Wir sind bestrebt, diese auf den 1.1.2019 – bspw. die neue Kompetenzdelegation zwischen den Sozialen Diensten und der Sozialkommission – umsetzen zu können. Herzlichen Dank für die Unterstützung und wir werden euch auf dem Laufenden halten. Merci.

Schlusswort

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Werte Damen und Herren, Sie alle haben viel gearbeitet, sei es in den Fraktionen für die Sitzungsvorbereitung für den heutigen Abend oder dann auch am heutigen Abend sehr engagiert am Mikrofon. Danke vielmals für Ihr Engagement. Wie heute Abend schon einmal gehört, war Wohlen ein Thema. Stellen Sie sich einmal kurz vor, in Wohlen müssten Sie mindestens noch zwei Stunden länger über das Budget diskutieren. Bitte nicht vergessen, die Sitzung vom 1. November 2018 entfällt. Darüber wurden Sie per E-Mail informiert. Freuen Sie sich auf ein paar geschenkte Stunden im Kreise der Familie und von Freunden. Auch am heutigen Abend geniessen Sie den Rest des Spätsommerabends und den Kontakt untereinander. Wir sehen uns am 6. Dezember 2018 wieder. (Applaus)

Schluss der Sitzung: 22.00 Uhr

NAMENS DES EINWOHNERRATS

Die Präsidentin:

Der Protokollführer:

Abgabe / Zustellung an die Einwohnerräte:

14. März 2019

Zustellung an die übrigen Empfänger:

26. April 2019